

Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 72 (1994)
Heft: 4

Artikel: Fachhochschulen : Weichenstellung oder Etikettenwechsel?
Autor: Zbinden, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-341100>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fachhochschulen: Weichenstellung oder Etikettenwechsel?

Die eingeleitete und bereits laufende Reform der berufsorientierten Tertiärstufe ist das grösste Reformprojekt im schweizerischen Bildungswesen seit langem. Mit den geplanten Fachhochschulen und den Berufsmaturitäten zielt es zentral auf den

Hans Zbinden

nichtakademischen Bereich. Aber auch für den akademischen Bildungsweg sind Reformen geplant (Revision der Maturitätsverordnung MAV, Universitäten). Der gesamte schweizerische Ausbildungsbereich (Sekundärstufe II / Tertiärstufe) umfasst zur Zeit rund 420'000 Studierende, SchülerInnen und Lehrpersonen. Im Unterschied zu vielen eher gemächlich angegangenen Bildungsreformen wurde hier von Beginn weg ein überdurchschnittliches Planungs- und Realisierungstempo an den Tag gelegt.

Von Ausgesprochenem und Nichtausgesprochenem

Ursprünglich waren der geplante Beitritt der Schweiz zum EWR mit dem entsprechenden Harmonisierungsbedarf beim Bildungswesen sowie der verschärfte internationale Wettbewerb um ökonomische Standortvorteile die zentralen Reformmotive. Im Verlaufe der Planung wurde aber immer offensichtlicher, dass es nicht nur darum ging, neue Schultypen zu schaffen. Vielmehr sollte das Höhere Bildungswesen qualitativ und quantitativ dahingehend

umgebaut werden, dass es künftig dem Beschäftigungssystem effektiver zu dienen vermag. So kamen die allgemeinbildenden Ausbildungskomponenten unter Druck, und alles, was nicht unmittelbar ökonomischen Nutzen verspricht, droht an den Rand gedrängt zu werden. Dass die Herausforderungen der heutigen Modernisierungsprozesse auch die kulturellen, die sozialen und die politischen Bereiche unserer Gesellschaft – und nicht nur die ökonomischen – einem Anpassungsdruck aussetzen, ist übersehen worden. Diese einäugige Sichtweise zeigte sich schon bei den am Anfang der Reform gesetzten Prioritäten: technische und kaufmännische Ausbildungsfelder sind erstrangig, soziale, gestalterische und pflegerische sind zweitrangig. Nicht von ungefähr finden sich die grössten Frauenanteile bei letzteren Ausbildungsgängen.

Diese Rangfolge der Verwertbarkeit widerspiegelt sich auch institutionell. Denn je bedeutsamer ein Ausbildungsbereich für die Wirtschaft ist, umso zentraler ist er in der Schweiz auch organisiert. So ist die Berufsbildung Bundessache und ist dem BIGA unterstellt. Die Zentralisierung erlaubt auch ein rascheres Reagieren auf die wechselnden wirtschaftlichen Herausforderungen. Dem kulturell-sozialen Teil der Ausbildung mit seiner föderalistisch-dezentralen Struktur bleibt die Rolle der Nachzüglerin. Damit gilt auch für die Reform des Höheren Bildungswesens: Die „Wirtschaftsgesellschaft kommt vor der Zivilgesellschaft“ (Wolfgang Klafki).

Ein Bauplatz mit vielen Bauequipen und keinem Bauplan

**Je bedeutsamer
ein Ausbildungsbereich für die
Wirtschaft ist,
umso zentraler
ist er in der
Schweiz
organisiert**

Es war schon immer eine Eigenart des schweizerischen Bildungswesens, dass seine einzelnen Teile, die historisch zu unterschiedlichen Zeiten nach ausländischen Vorlagen kopiert worden sind (Volksschule, Gymnasien, Universitäten), ein selbstbezogenes Eigenleben führen. Sie orientieren sich bis heute kaum an einem ganzheitlichen schweizerischen Bildungsverständnis und Bildungswesen, das den AbsolventInnen dank einer Vielzahl von Brücken zwischen seinen Teilen zu individuell vielfältigen und variablen Bildungsbiographien verhelfen würde. Das gilt auch für den jüngsten Spross unseres Bildungswesens: Die Berufsbildung, die es systematisch erst seit rund einem halben Jahrhundert gibt. Auch sie entwickelte sich weitgehend, ohne die entsprechenden Wirkungen auf die akademischen Nachbarbereiche (Universitäten, Maturitäten) zu hinterfragen. Wie sollen sich durch den Aufbau von Fachhochschulen beispielsweise künftig die Flüsse der Studierenden durch die Universitäten und Fachhochschulen entwickeln? Oder ist es ein Ziel, die Universitäten quantitativ zu entlasten? Oder will man im Zusammenhang mit der unterschiedlichen Absorbierbarkeit der HochschulabsolventInnen durch die Wirtschaft eine offene Konkurrenz zwischen diesen beiden Institutionen etablieren?

Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, dass zur Zeit im ganzen sekundären und tertiären Bereich unseres Bildungswesens zahlreiche Reformprojekte laufen, ohne dass ein wechselseitig abgestimmter Bauplan existiert. Die Universitäten tragen die Reformabsicht, ihre Studiengänge noch weiter zu differenzieren (Halblizentiat, Lizentiat und Doktorat), die Maturitätsverordnung (MAV) wird zur Zeit wegen vielfältigen Widerständen nur mühsam revidiert, Berufsmaturitäten in

technischen und kaufmännischen Bereichen sind bereits in der Erprobungsphase, die Fachhochschulen sind in mehreren Regionen und Kantonen auf dem Reissbrett schon konzipiert, obwohl das eidgenössische Fachhochschulgesetz von den eidgenössischen Räten noch nicht einmal verabschiedet worden ist. Was mit den zahlreichen Höheren Fachschulen werden wird, die nicht in einem der künftigen Fachhochschulen Unterschlupf finden, ist noch völlig unklar. Und zuguterletzt wurde der Bundesrat von Parlamentskreisen vor kurzem beauftragt, das Berufsbildungswesen auf Herz und Nieren zu prüfen und Reformvorschläge zu unterbreiten.

Fazit: Unser Höheres Bildungswesen ist eine einzige riesige Baustelle, wo überall und für sich an Reformen gebaut wird. Alle arbeiten an ihren partiellen Interessen, von einem gemeinsamen Bauplan oder der Reflexion auf die beschränkten finanziellen Mittel keine Spur. Wenn wir unsere bildungspolitischen und bildungsökonomischen Kräfte nicht weiterhin verzetteln wollen – notabene auf Kosten der BenutzerInnen des Bildungssystems – muss sich künftig einiges ändern:

- Der Bund braucht den Auftrag und die Kompetenz, zusammen mit den Kantonen den übergreifenden Rahmen für ein harmonisiertes und ganzheitlich verstandenes Bildungs- und Ausbildungswesen setzen zu können (Rahmenbildungsartikel in der Bundesverfassung).
- Im weiteren braucht es ein institutionalisiertes Koordinationsgefäss, in dem Bund, Kantone, Gemeinden und Private ihre Bildungsbemühungen aufeinander abzustimmen und zweckmässige Arbeitsteilungen vorzunehmen vermögen.
- In der Bundesverwaltung selbst, wie auch in den Kantonen, sind die Dienste für das Bildungs- und Ausbildungswesen in einem einzigen Departement systematisch zusammenzufassen.
- Im weiteren ist eine längerfristige Fi-

nanzplanung von Bund und Kantonen notwendig, um die Betriebsmittel und die Ausbauinvestitionen zu sichern. Zur Zeit geschieht bekanntlich ein Ausbau des Bildungswesens bei gleichzeitig laufenden Sparprogrammen. Das führt zu einer eigentlichen Stop and go - Politik, die zu unschönen Wettbewerbssituationen führt (z.B. Ausbau der Universitäten und Aufbau der Fachhochschulen gleichzeitig).

Kein Aufbau der Fachhochschulen im „luftleeren Raum“

Die Fachhochschulen stehen nicht im luftleeren Bildungsraum. Neben ihnen gibt es auf gleicher Stufe weiterhin Universitäten einerseits und Höhere Fachschulen und die berufs- und branchenspezifische Weiterbildung andererseits. Alle diese Bereiche müssen sich infolge der Umwälzungen der Tertiärstufe gegenüber dem Beschäftigungssystem neu definieren, denn diese Ausbildungsgänge schlagen zugleich Brücken zur Wirtschaft und zur Verwaltung, welche die AbsolventInnen in die entsprechenden Berufsfelder einzugliedern versuchen. Die verschiedenen Ausbildungsbereiche brauchen deshalb klar abgrenzbare komplementäre Profile (Ausbildungsqualität, Ausbildungslänge, Berufsnähe, Verhältnis von Allgemein- zur Spezialausbildung usw.). Aufgrund der fehlenden Koordination besteht die Gefahr, dass sich die Profile verwischen: zwischen Universität und Fachhochschule, zwischen Fachhochschule und Höherer Fachschule. Diese Unklarheiten können dazu führen, dass in Zeiten flüssiger Arbeitsmärkte die ArbeitnehmerInnen immer weniger aufgrund ihrer formalen Ausbildung eingestellt und entlohnt werden. Die Identität der Ausbildungsgänge zerfällt und es entsteht ein diffuser, nicht transparenter Abnehmermarkt. Das ist bildungsökonomisch unsinnig. In diesem Zusammenhang ist – im Sinne eines Gedanken-

spiels – darauf aufmerksam zu machen, dass anstelle der Fachhochschulen durchaus auch Universitäten mit einer verstärkten Praxiszentrierung im Sinne einer polytechnischen Ausbildung die Rolle hätten einnehmen können, die den Fachhochschulen künftig zugedacht wird: Institutionen mit einem hohen Ausbildungsstandard und Generalisierungsgrad, verbunden mit grosser Nähe zur Berufspraxis (die universitären Fachhochschulen in Deutschland illustrieren diesen prinzipiell anderen Ansatz).

Zusätzliche Probleme ergeben sich aus der zunehmenden Differenzierung der Ausbildungsgänge auf der Tertiärstufe dadurch, dass seitens des Beschäftigungssystems genau die umgekehrte Entwicklung im Gang ist. Hier werden die Hierarchien flacher und mehr GeneralistInnen gebraucht.

Der Bundesrat geht im weiteren davon aus, dass bis über die Jahrtausendwende in der Schweiz rund zehn Fachhochschulzentren erstellt werden sollen. Die Zahl der bestehenden Höheren Fachschulen im BIGA- und EDK-Bereich ist aber weit grösser. Wie sollen sich künftig die verbleibenden Höheren Fachschulen definieren? Sind sie am Ende nur noch für die „weichen“ Berufe (Pädagogik, Sozialpädagogik, Gesundheitswesen, gestalterisch-sportliche Berufe) zuständig, oder übernehmen sie mehr Aufgaben in der ausserberuflichen Erwachsenenbildung?

Vom Wechseln der Etiketten bei bleibendem Inhalt

Die Umwandlung der bestehenden Höheren Fachschulen in Fachhochschulen, die im Vergleich zu den Universitäten „gleichwertig, aber andersartig“ sein sollen, bedingt folgende Veränderungen: Erstens die qualitative Verbesserung, die Verbreiterung und teilweise Verlängerung der Aus-

**Unser Höheres
Bildungswesen
ist eine riesige
Baustelle, wo
überall und für
sich gebaut wird**

**Die Berufsmatura
muss möglichst
rasch attraktiver
werden**

bildung, zweitens den Einbau von anwendungsorientierter Forschung und Entwicklung. Diese Verbesserungen und Anreicherungen bedingen Zusatzqualifikationen beim bestehenden und die Einstellung von neuem, besser qualifiziertem Personal. Sie erfordern auch neue Infrastrukturen, Programme und Integrationsbemühungen. Die Transformation der bestehenden Institutionen wäre zudem eine Chance, das vielverbreitete didaktisch-beraterische Manko zahlreicher Lehrkräfte durch gezielte Fortbildungskurse abzubauen. Zusätzlich zur fachwissenschaftlichen Ausbildung werden Aspekte der Persönlichkeitsbildung, der Perspektivvermittlung und des Teamworks immer wichtiger. Die zur Zeit knappen finanziellen Mittel könnten Bund und Kantone dazu verleiten, beim Umbau der Institutionen Minimalismus an den Tag zu legen. Umstritten ist immer noch der Stellenwert, welchen Forschung und Entwicklung einnehmen sollen. Denn neben den bestehenden Forschungsstrukturen der Universitäten und des Bundes noch Zusatzstrukturen in den Fachhochschulen zu realisieren, birgt die Gefahr, dass die Forschungsmittel noch mehr aufgesplittert werden. Deshalb drängt sich eine entsprechende Kooperation mit den Universitäten und den ETHs geradezu auf. Dabei könnten in gemeinsamen Projekten bestimmte und abgegrenzte Fragen der Forschung und Entwicklung gemeinsam angegangen werden. Eine andere Möglichkeit wäre die Bildung von Forschungspools mehrerer Fachhochschulen.

Erfolgreiche Berufsmaturität Voraussetzung für die Fachhochschulreform

Seit wenigen Jahren werden in zahlreichen Kantonen Berufsmaturitätsschulen aufgebaut, welche als zentrale Zubringerinstitutionen für die Fachhochschulen gedacht sind. Mit der technischen Berufsmatura wurde gestartet, seit kurzem gibt es auch

kaufmännische Berufsmaturitätsschulen. Die Ausbildung ist für die AbsolventInnen allerdings ausgesprochen belastend: Neben dem wachsenden theoretischen Ausbildungsteil arbeiten sie weiterhin in den Betrieben. So wurde im Vergleich zu den MaturandInnen ihre jährliche Präsenzzeit in Schule und Betrieb beinahe doppelt so lang. Kein Wunder denn, wenn es diesem neuen Ausbildungsweg im Vergleich zu den Gymnasien an Attraktivität mangelt. In diesem Lebensabschnitt sind die jungen Menschen nämlich stark damit beschäftigt, sich von Zuhause zu lösen und neue Beziehungsfelder aufzubauen. Die Folge ist letztlich die, dass die Zahl derjenigen, die den Weg zur Berufsmaturität eingeschlagen haben, bisher deutlich unter den Erwartungen geblieben ist. Das ist ein Alarmzeichen. Die Berufsmatura muss deshalb möglichst rasch attraktiver werden.

Mobilisierung im Ausbildungsbereich – Demobilisierung in der Erwachsenenbildung

Durch die Weiterbildungsoffensive des Bundes und durch die geplanten und bereits realisierten Reformen auf der Sekundarstufe II und der Tertiärstufe sollen die Bildungsstandards der AbsolventInnen erhöht werden. Gleichzeitig will man vermehrt neue Bildungsgruppen mobilisieren. Das alles mag zusammen sehr erfreulich erscheinen. Doch darf dabei nicht vergessen werden, dass der immer rascher ablaufende Wandel unserer Gesellschaften an die einzelnen Menschen und Gruppen nicht nur neue ökonomische Anforderungen stellt, sondern auch zusätzliche kulturelle, soziale und kommunikative Kompetenzen erfordert. Und zwar nicht einfach zu Beginn des Lebens, sondern ein Leben lang – immer wieder neu. Lebenslanges Lernen via rekurrente Bildung ist mittlerweile in den Berufsbereichen selbstverständlich geworden. Gegenüber der aus-

serberuflichen Erwachsenenbildung, die den homo oeconomicus auch noch zum vielfältigen und verantwortungsvollen Mitglied der Gesellschaft formen will, herrscht von staatlicher Seite auffallendes Schweigen. Nach wie vor muss der grösste Teil der Erwachsenenbildung von den Leuten für teures Geld auf dem Markt eingekauft werden. Dadurch werden genau diejenigen Leute ausgeschlossen, die eine individuelle und soziale Fortbildung am dringendsten nötig hätten: die Ungebildeten, die Gefährdeten, die Verunsicherten und die Bedrängten.

Die verschiedenen staatlichen Ebenen schieben sich die Verantwortung für die ausserberufliche Erwachsenenbildung seit Jahrzehnten gegenseitig zu, obschon auch für diesen Bereich eine Dreiteilung der Verantwortung und Finanzierung zwischen Privaten, Betrieben und Staat denkbar und sinnvoll wäre. Das Ausblenden der allgemeinen Fortbildung ausserhalb des Berufes könnte sich längerfristig für unsere Gemeinschaft verhängnisvoll auswirken. Was nützen der Ökonomie längerfristig die bestqualifizierten Fachleute, wenn sie persönlich-familiär nicht mehr in der Lage sind, ihr anforderungsreiches Leben

angesichts des umfassenden Wandels immer wieder gekonnt zu stabilisieren: in den Beziehungen, in der Freizeit, im Konsum, in der Erziehung und im Wohnen. Die einseitige Privilegierung der beruflichen gegenüber der ausserberuflichen Ausbildung ist gesellschaftspolitisch fahrlässig. Dies zeigen nicht nur die jüngsten Irritationen der Bevölkerung im politischen Bereich. Je grösser der Anteil der Bevölkerung wird, der ausserhalb des Beschäftigungssystems lebt, desto bedeutender wird eine umfassende und stetige „zivile Ausbildung“ dieser Menschen. Nur sich ganzheitlich und lebenslänglich bildende Menschen werden in der Lage sein, in der Vielfalt der Möglichkeiten und Unmöglichkeiten des heutigen Lebens immer wieder eine ihnen entsprechende Lebenskonzeption und Identität zu finden. Ohne Bevormundung durch Markt, Medien und Politik.

Hans Zbinden, Dr. phil. I, ist im Erziehungs- und Bildungsbereich tätig. Er ist Mitglied der SP-Fraktion des Nationalrates, präsidiert die SP-Kommission „Bildung und Kultur“ und war bis zum letzten Parteitag Mitglied der Geschäftsleitung der SP Schweiz.